

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Donnerstag, **30.01.2014**, 17:00 Uhr - 17:53 Uhr,
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Berding , Olaf Dreßen , Jürgen Ohm , Werner Quante , Hans-Christoph Vogelberg , Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Stephan Brinktrine , Elke Leiendecker , Kurt Pölling

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Gerhard Joksche , Heribert Klas , Dr. Rita Stein-Redent

auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.

Rüdiger Sagel

von der Verwaltung

Martina Arndts-Haupt , Dagmar Arnkens-Homann , Dr. Thomas Hauff , Wolfgang Heuer , Jochen Lüken , Michael Willamowski

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlte/n:

Jens-Ulrich Lenski , Thomas Marquardt , Fritz Pfau , Friedhelm Schade

Tagesordnung

- | | |
|---------------------------|--|
| <u>V/0861/2013</u>
III | <ol style="list-style-type: none">1. Eingänge und Mitteilungen2. Bürgerumfrage 2013: Ergebnisse zu den Fragenkomplexen "Lebensbedingungen in Münster", "Wohnen in Münster" und "Verkehr in Münster" |
|---------------------------|--|

<u>V/0956/2013</u> V	3.	Aktuelle Unterbringungssituation und Perspektiven für die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen
<u>V/0948/2013</u> IV	4.	Aktualisierungen zum Geschäftsbericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien zu Beginn des Jahres 2014 (Beratungsschwerpunkte, Organisation, Personalsituation)
<u>V/0951/2013</u> I	5.	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Hiltrup, Ortsteil Hiltrup, für das Kalenderjahr 2014
	6.	Verschiedenes

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Heuer wies auf die nächste, die voraussichtliche letzte Sitzung des APRO in dieser Ratsperiode am 25.03.2014 hin. Er erklärte, dass es gute Sitte sei, sich nach der letzten Sitzung zu einem gemütlichen Beisammensein zu treffen. Er werde sich um die Reservierung eines Lokales kümmern. Frau Wendland nahm den Hinweis auf und bedankte sich im Namen der Anwesenden.

Herr Willamowski teilte mit, dass die Stadt Münster als „familienfreundliches Unternehmen“ zertifiziert sei. Es stünde nun die sogenannten „Re-Auditierung“ an, die wieder mit der berufundfamilie gGmbH bis Ende Mai 2014 durchgeführt werde. Nach Abschluss des Prozesses werde die Verwaltung den Ausschuss mit einer Berichtsvorlage über die Ergebnisse informieren.

Zum Thema „Rente mit 63“ gab Herr Willamowski Informationen zur Situation in der Verwaltung. Aktuell seien 418 Personen beschäftigt, die über 60 Jahre alt seien. 74 Personen davon seien 63 Jahre und älter und könnten möglicherweise kurzfristig von einer neuen Regelung Gebrauch machen. Betreffen werde die Regelung nur die Personen, die 45 Versicherungsjahre aufweisen könnten. Dies sei nicht automatisch auswertbar und auch schwer zu ermitteln, da etliche Personen bereits Beschäftigungszeiten vor ihrem Eintritt bei der Stadt Münster hätten. Herr Willamowski führte weiterhin aus, dass nahezu alle Berufsgruppen, ob Verwaltung, Raumpfleger/-innen, künstlerisches Personal, gewerblich Beschäftigte, Erzieher/-innen oder technisches Personal von der Rente mit 63 betroffen sein können. Er gehe von ca. 20 – 30 Anträgen aus.

Punkt 2 der Tagesordnung **V/0861/2013**

Bürgerumfrage 2013: Ergebnisse zu den Fragenkomplexen "Lebensbedingungen in Münster", "Wohnen in Münster" und "Verkehr in Münster"

Herr Dr. Hauff stellte die Eckpunkte der Bürgerumfrage dar und ging dabei insbesondere auf die Ergebnisse zum Thema „Verkehr“ ein. Hier seien zwei Bereiche anzusprechen, zum einen die Verkehrssicherheit, zum anderen die Wichtigkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherung und der Verkehrsinfrastruktur. Konstatieren könne man, dass in der münsterischen Bevölkerung ein relativ hohes Sicherheitsempfinden vorhanden sei, wobei sich die Radfahrer/-innen am wenigsten sicher fühlten. Herr Dr. Hauff stellte die unterschiedlichen Wichtigkeitsgrade zu einzelnen Maßnahmen wie z.B. separate Linksabbiegespuren, Rotmarkierungen, bauliche Maßnahmen oder persönliche Beratung dar.

Nach dem Herr Dr. Hauff die Nachfragen von Herrn Pölling, Herrn Sagel und Frau Wendland

zur Vorlage sehr ausführlich beantwortet hatte, bedankte sich Frau Wendland für die Ausführungen. Im Übrigen nahm der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0956/2013**

**Aktuelle Unterbringungssituation und Perspektiven
für die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen**

Frau Arnkens-Homann gab einen aktuellen Sachstand zu Vorlage. Sie erklärte, dass nach heutigem Stand die Zahlen weiter nach oben korrigiert werden müssten. So seien im Jahr 2013 nunmehr insgesamt 703 neue Flüchtlinge aufgenommen worden. Im Januar 2014 waren es 66, für Februar seien bereits 57 neue Flüchtlinge sowie weitere Familien aus Syrien angekündigt. Aufgrund neuer Zuweisungsschlüssel würden die Zahlen auch weiter steigen. Frau Arnkens-Homann stellte sehr anschaulich die Schwierigkeiten der Unterbringungs- und Betreuungssituation dar. Auch gab sie Hinweise zum Personalschlüssel und erklärte, dass die Stellen zum Stellenplan 2015 von der Verwaltung angemeldet würden.

Frau Arnkens-Homann beantwortete Nachfragen aus dem Ausschuss. Zur Frage, warum die Stellen nur befristet eingerichtet würden, nahmen Herr Heuer und Herr Willamowski Stellung und erklärten, dass unbefristete Einstellungen nur bei vorhandenen Planstellen erfolgen dürften. Diese Planstellen seien im Haushalt jedoch nicht vorhanden. Auch sei es sinnvoller, die Situation zu beobachten und erst nach einer gewissen Zeit zu entscheiden, wie hoch der dauerhafte Bedarf sein wird. Die Bedenken, kein geeignetes Personal zu bekommen, räumte Herr Willamowski aus. Zurzeit habe die Verwaltung noch keine Probleme für einen längeren Zeitraum von z.B. 2 Jahren qualifiziertes Personal (Sozialarbeiter/-innen, aber auch Hauswarte) zu rekrutieren. Herr Klas richtete die Bitte an die Verwaltung, nach Abschluss der Auswahlverfahren dazu im APRO zu berichten. Auf spätere Nachfrage von Herrn Willamowski erklärte sich der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung damit einverstanden, die Ausschreibungen zeitnah zu veröffentlichen.

Im Zusammenhang mit der äußerst schwierigen Unterbringungssituation bat Herr Joksch die Verwaltung zu prüfen, ob ordnungsrechtlich auf freistehende Wohnungen / Häuser zugegriffen werden könne. Er verwies dabei auf ein bestimmtes Gebäude in Hilstrup mit ca. 8 seit längerer Zeit freistehenden Wohnungen. Herr Willamowski erläuterte, warum dies rechtlich als ‚enteignungsgleiche Maßnahme‘ schwierig sei.

Nach Abschluss der Diskussion ließ die Vorsitzende über die Vorlage abstimmen. Sie verwies dabei auf den als Tischvorlage verteilten Beratungsverlauf.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig bei Enthaltung durch Herrn Sagel, dem Rat die Annahme des **geänderten Beschlussvorschlages** (Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung) zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster hält auch angesichts steigender Flüchtlingszahlen und der gerade wegen der angespannten Lage am münsterschen Wohnungsmarkt bestehenden großen Schwierigkeiten einer Versorgung der Flüchtlinge mit angemessenem Wohnraum an dem Grundsatz einer sozialverträglichen Verteilung der Integrationsaufgaben über das Stadtgebiet fest.
2. Neben festen Flüchtlingseinrichtungen müssen in einer Übergangszeit für die Unterbringung von Flüchtlingen Überbrückungslösungen geschaffen werden. Hierzu wird auch auf einzelne im Rahmen der Konversion freigewordene Wohnstandorte zurückgegriffen. De-

- ren Nutzung ist zeitlich auf maximal drei Jahre befristet und soll je Standort nicht mehr als ca. 40 Personen dienen.
3. Der Rat erkennt an, dass die hiervon betroffenen Stadtteile jedenfalls vorübergehend eine erhöhte Integrationsaufgabe tragen.
 4. Neben den Übergangsnutzungen am Borghorstweg, an der von-Esmarch-Straße und am Hoher Heckenweg sind weitere Entlastungen der Übergangseinrichtungen erforderlich. Um die Bemühungen der Verwaltung zu unterstützen, u. a. nicht in Flüchtlingseinrichtungen residenzpflichtigen Familien Wohnraum auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt zu verschaffen, wird die Verwaltung beauftragt, Verhandlungen mit der BImA über den Ankauf von Gebäuden im Bereich Gronauweg/Bentheimweg im Rahmen des Erstzugriffs zu führen.
 5. Bei weiterhin steigenden Flüchtlingszahlen werden die unter Nr. 2 und Nr. 4 beschriebenen Übergangslösungen nicht ausreichen, um der kommunalen Unterbringungsverpflichtung gerecht zu werden. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für diesen Fall weitere Beschlüsse erforderlich werden. Das kann bedeuten, dass in zu beschließenden Einzelfällen die unter Nr. 2 genannten Grenzen überschritten werden. Wegen der erheblichen Schwierigkeiten, Übergangsquartiere zu akquirieren, und des großen zeitlichen Vorlaufs für die Errichtung neuer Einrichtungen oder auch nur von Containerbauten wird es zunehmend wahrscheinlich, dass im Rahmen der Notfallversorgung Maßnahmen zur Unterbringung einer deutlich größeren Anzahl von Menschen ergriffen werden müssen. **Hierbei tut die Verwaltung alles, um Turnhallenlösungen zu vermeiden. Falls dennoch Flüchtlinge in Turnhallen untergebracht werden müssen, legt die Verwaltung der Politik vorher einen entsprechenden Beschlussvorschlag vor.**
 6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass zur Bewältigung der gestiegenen Flüchtlingszahlen im Jahr 2014 unter Zugrundelegung der aktuellen Flüchtlingszahlen zusätzliches Personal benötigt und eingesetzt wird:
 - 0,50 Stelle EGr. 10 im Amt für Immobilienmanagement zur Beschaffung/Anmietung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten
 - 2,4 Stellen EGr. S 12 im Sozialamt (Teilergebnisplan 0503) für die sozialarbeiterische Betreuung
 - 2,9 Stellen EGr. 4 im Sozialamt (Teilergebnisplan 0503) für Hauswarte
 - bis zu 1,50 Stelle EGr. 8 im Sozialamt (Teilergebnisplan 0503) zur wirtschaftlichen Betreuung der Unterbringungen

Die Stellen werden zunächst mit einer Befristung für 2 Jahre ausgeschrieben. Zum Stellenplan 2015 wird die Verwaltung für den dauerhaften Bedarf auf Basis der dann vorliegenden Flüchtlingszahlen Stellenvermehrungen vorschlagen.

7. Die Verwaltung prüft den Sprachförderungsbedarf und macht den Betroffenen ein entsprechendes Sprachförderangebot.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Miet- und Betriebskosten der neu hinzukommenden Einrichtungen sind Gegenstand der konkreten Planung und der einzelnen Beschlüsse, die in der Folge von den beteiligten Gremien zu fassen sind.

Die zusätzlichen Personalaufwendungen für 2014 sind nachfolgend aufgeführt.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2014	32.300	0,5 Stelle EGr 10
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2014	177.888	3,4 Stellen S 12
	11		2014	123.981	3,3 Stellen EGr. 4
	11		2014	73.905	1,5 Stellen TVöD EGr 8

Die zusätzlichen Personalaufwendungen werden so weit wie möglich innerhalb des Personalbudgets gedeckt. Sofern dies nicht gelingt, sind die Mittel über einen Nachtragshaushalt oder zum Ende des Jahres überplanmäßig bereitzustellen.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0948/2013**

Aktualisierungen zum Geschäftsbericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien zu Beginn des Jahres 2014 (Beratungsschwerpunkte, Organisation, Personalsituation)

Frau Wendland bedankte sich ausdrücklich bei der Verwaltung für die Vorlage“. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0951/2013**

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Hiltrup, Ortsteil Hiltrup, für das Kalenderjahr 2014

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Die als Anlage 1 beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung wird beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen

Simone Wendland
Vorsitz

Andrea Gottlob
Schriftführung